Tobias Weißert

Staatsräson – Verletzung des Völkerrechts



Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne

Eine Flugschrift

Tobias Weißert

Staatsräson
– Verletzung des Völkerrechts

Eine Flugschrift
mit Unterstützung von
Reinhard Frankl und Rainer Roth

Impressum:
1. Auflage, September 2024
Satz & Layout: Reinhard Frankl
Herausgeber: Rhein-Main-Bündnis gegen Billiglöhne und Sozialabbau
Kontakt: tobias.weissert@gmx.de, 069 301924
Druck: Druckerei Reichert, Großostheim

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung....6
Was unsere Staatsräson erlaubt....6
Massenmord....6
Aushungern und Erschöpfen....7
Vertreiben....8
Landraub....9
Annexion....10
Gezielte (extralegale) Tötung von Politikern....11
Bruch des Völkerrechts....12
Zündeln an einem großen Krieg....13
Apartheid....14
Was unsere Staatsräson verbietet....17
Kritik an Israelischen Annexionsplänen -nicht gestattet....17
Internationale und deutsche Solidarität mit dem palästinensischen Volk – bei uns nicht gestattet....18
Palästinensischer Widerstand in unserem Land – stark beschränkt....20
Die Staatsräson - Gesamtbetrachtung....21
Ausblick....24

Vorbemerkung

Die Bilder aus dem Gazastreifen sind schwer zu ertragen. Zerbombte Häuser, Menschen in unzugänglichen Trümmern, die Verschüttete suchen,Tote und Verletzte überall, Familien mit beladenen Karren ständig auf der Flucht, Entsetzen und Hunger in die Gesichter geschrieben. Die ganze brutale Wirklichkeit einer grausamen rachsüchtigen Vergeltung, geführt von einer militärischen Übermacht, als Antwort auf den heimtückischen mörderischen Überfall der Hamas, wird uns täglich vorgeführt. Wer nicht vollkommen abgestumpft ist, leidet mit dem palästinensischen Volk .
Aber eine grundsätzliche Kritik am Vorgehen der Kriegspartei Israel darf nicht sein. Sie widerspricht unserer **Staatsräson.** Was ist das eigentlich: Ein Grundprinzip, das all unserem staatlichen Handeln zugrunde liegt? Ein moralisches Übergebot, das Maßstab allen Handelns sein soll? Etwas, was über den Grundrechten der Verfassung und über der Menschenrechtskonvention steht? Was es mit dieser Staatsräson auf sich hat, die Parteinahme für die Schwachen und die Opfer behindert, das wollen wir hier untersuchen.

Was unsere Staatsräson erlaubt

Massenmord

Israels Krieg im Gazastreifen gegen die Hamas brachte in 11 Monaten mehr als 40.000 Menschen den Tod. Mehr als 92.000 wurden schwer verletzt. Mindestens drei Viertel der Toten und Verletzten sind Frauen und Kinder.[1] Die zivilen Opfer des grausamen Ukrainekriegs sind deutlich geringer. In dem nun schon zweieinhalb Jahre dauernden Beschuss von Städten und Dörfern in der Ukraine durch Russland starben ca. 12.000 ZivilistInnen. Die doppelte Anzahl wurde verletzt.[2]
Bei dem völkerrechtswidrigen Überfall der Hamas auf Israel wurden nach israelischen Angaben 1.200 Menschen getötet (davon israelische 695 Zivilisten und 373 Mitglieder der israelischen Sicherheitskräfte sowie 71 Ausländer, https://www.france24.com/en/live-news/20231215-israel-social-security-data-reveals-true-picture-of-oct-7-deaths) und 5.500 erheblich verletzt.Der Chefredakteur der FAZ Reinhard Müller behauptet, Neutralität im Krieg zwischen Russland und der Ukraine bedeute „Parteinahme für Kinderschlächter“.[3] Für die Parteinahme für Israel gilt das weit mehr. Auf jeden ermordeten israelischen Zivilisten kommen ca. 35 ermordete palästinensische Zivilisten. Auf jeden verletzten israelischen Bürger

[1] https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417316/umfrage/opferzahlen-im-terrorkrieg-der-hamas-gegen-israel/
[2] https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1349877/umfrage/monatliche-verletzte-und-getoetete-zivilisten-durch-ukraine-krieg/
[3] FAZ 12.08.2024

17 verletzte Palästinenser. Diese Schätzung ist eher zu niedrig; wahrscheinlich sind im Gaza-Streifen erheblich mehr Zivilisten getötet worden.[4] Aus Rache ermordeten israelisches Militär und Siedler zusätzlich zu den Opfern in Gaza allein im Jahr 2023 im Westjordanland 507 Palästinenser, darunter 81 Kinder.[5]
Dieser maßlose Akt der Vergeltung gegen Kriegsverbrechen der Hamas bedeutet Massenmord als Kollektivbestrafung. Die Kollektivbestrafung wird vom höchsten Repräsentanten Israels, dem Präsidenten Isaac Herzog ausdrücklich gebilligt: Vor dem Einmarsch der israelischen Armee in den Gazastreifen sagte er: „*Es ist eine ganze Nation (!) da draußen, die dafür verantwortlich ist. Es ist nicht wahr, ...dass Zivilisten sich nicht bewusst sind, nicht beteiligt sind. Das stimmt absolut nicht. Sie hätten aufstehen können. Sie hätten gegen das böse Regime vorgehen können, das Gaza in einem Staatsstreich übernommen hat*“.[6] Das ist ein klarer Aufruf zu noch massenhafteren Kriegsverbrechen.
Unproportionale Tötung und Zerstörung als Antwort auf palästinensische Angriffe aus Gaza entspricht laut General Gadi Eisenkot seit mindestens 2008 einem von der israelischen Regierung genehmigten Plan. Eisenkot schrieb: „*Was im Dahiya-Viertel in Beirut 2006 passierte, wird in jedem Dorf passieren, von dem aus auf Israel geschossen wird. Wir werden unproportionale Gewalt anwenden und großen Schaden und Zerstörung zufügen. Aus unserer Sicht sind das keine Dörfer, sondern vielmehr Militärlager...*“[7]
Die Zerstörung des Gazastreifens ist die neueste Anwendung einer alten Doktrin.

Aushungern und Erschöpfen

Israel bombardiert den dicht bevölkerten Gazastreifen flächendeckend mit von den USA gelieferten ein bis zwei Tonnen schweren, sehr zielungenauen Freifallbomben mit enormer Sprengkraft. Dadurch wurden 80 Prozent der Gebäude zerstört und mindestens 20.000 Zivilisten getötet. Diese rücksichtslose Kriegsführung ist darauf angelegt, die Bevölkerung zu dezimieren und ihr den Lebensraum zu nehmen. Darüber hinaus vertreibt die israelische Armee durch ihre Großangriffe die Bevölkerung andauernd von einem Ort zum andern. 1,9 Millionen Menschen, d.h. 80 Prozent der Bevölkerung von Gaza sind laut UN ohne feste Bleibe und wiederholt auf der Flucht. Die Versorgungslage ist katastrophal. Grundnahrungsmittel und Wasser fehlen an allen Ecken und Enden. „*Ich habe eine komplette Belagerung des Gaza-Streifens angeordnet. Es wird dort keine Elektrizität, keine Nahrungsmittel, keine Brenn- und Treibstoffe, mehr geben. Alles ist stillgelegt. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere und wir handeln entsprechend*“ (Verteidigungsminister Yoav Gallant am 9. Oktober

[4] www.palestinemission.at/single-post/the-lancet-die-z%C3%A4hlung-der-toten-in-gaza-schwierig-aber-notwendig
[5] www.amnesty.de/israel-besetzte-palaestinensische-gebiete-westjordanland-anstieg-toetungen-von-palaestinenser-innen
[6] www.huffpost.com/entry/israel-gaza-isaac-herzog_n_65295ee8e4b03ea0c004e2a8
[7] Helga Baumgarten, Kein Frieden für Gaza, Wien 2021, 146

2023 ; eigene Übersetzung).[8] Eine weitgehende Blockade Gazas seit dem Wahlsieg der Hamas 2006 bestimmt schon seit 2007 jeden Aspekt des Alltags der Menschen.[9] Am 26. Januar 2024 stellte der Internationale Gerichtshof fest, dass für die palästinensische Zivilbevölkerung von Gaza eine reale und unmittelbare Gefahr des Völkermords besteht.[10] Israel befördert diese menschliche Katastrophe auch, indem es internationale Hilfslieferungen systematisch behindert. Sie wird dabei von unserer Regierung unterstützt. Als Israel zwölf (von über 13.000!) Mitarbeiter des UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina Flüchtlinge) beschuldigte, sich am mörderischen Angriff auf die Zivilbevölkerung im Süden Israels beteiligt zu haben, stellten 16 Nationen ihre Zahlungen an die UNRWA ein, darunter natürlich auch Deutschland. Am 28. April 2024 berichtete das ZDF, eine Untersuchung sehe keine Belege für eine Beteiligung von UNWRA-Mitarbeitern an terroristischen Aktionen. Deutschland nahm die Zahlungen wieder auf.[11]
Die ständige Angst getötet zu werden, Schlaflosigkeit, Hunger, Angst und Sorge um die Kinder sowie die ständige Demütigung und das Gefühl der Ohnmacht und Aussichtslosigkeit zermürben die palästinensische Bevölkerung physisch und psychisch. Dadurch reduziert sich die Lebenserwartung der Bewohner des Gaza, selbst wenn sie überleben könnten, um viele Jahre.

Vertreiben

Die Zerstörung des Gaza-Streifens und die Zermürbung der Bevölkerung legt den Verdacht nahe, dass eine zweite große Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung geplant ist.[12] Eindeutige Äußerungen hoher israelischer Politiker stützen diesen Verdacht. Itamar Ben Gvir, Israels Minister für Sicherheit, erklärte, dass der Gazastreifen „uns“ gehören sollte und dass die Palästinenser auswandern könnten.[13] Finanzminister Belazel Smotrich bläst in das gleiche Horn: „*Was im Gazastreifen getan werden muss, ist die Förderung der Auswanderung*“.[14] Der Parlamentarier der Likud-Partei, Ariel Kallner, forderte eine weitere Nakba, welche die ursprüngliche Massenvertreibung in den Schatten stellt.[15] Interessant dabei ist, dass offen die gewaltsame Vertreibung von 750.000 Palästinensern im Jahre 1948 gerechtfertigt wird, deren Enteignung und Rückkehrverbot Grundlage des jüdischen Staates ist. Als Folge dessen leben heute in der arabischen Region außerhalb Palästinas laut UNRWA sechs Millionen Vertriebene in 149 Lagern unter schwierigsten Lebensbedingungen. War-

8 www.middleeasteye.net/news/israel-palestine-war-fighting-human-animals-defence-minister
9 Baumgarten 2021, 136
10 www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/israel-hilfe-fuer-zivilbevoelkerung-gaza
11 ZDF heute, 23.4.204, zdf.de; zit. nach Johannes Zang, Kein Land in Sicht? PapyRossa Verlag Köln 2024
12 vgl. „‘Nakba 2.0?‘ Israel: ethnische Säuberung als politisches Programm und die deutsche Staatsräson.“, Frankfurt/M. 2023, https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/01/nakba2.0-A4.pdf
13 www.infosperber.ch/politik/welt/israel-will-die-palaestinenser-aus-gaza-vertreiben/
14 www.stern.de/politik/ausland/israel-und-gaza—palaestinenser-fuerchten-vertreibung-33969946.html
15 infosperber

um sollten da nicht noch 2 Millionen dazukommen, denken viele israelische Politiker. Am 13.10.2023 wurde ein Papier des Geheimdienstministeriums bekannt, das *„die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus dem Gazastreifen in den Sinai empfiehlt“*[16] und Amichay Eliyahu, der Minister für Heimaterbe (!) im Kabinett Netanjahu, macht schon Pläne, welchen Israelis das geraubte Land zugeteilt werden soll.[17]
Die israelische Regierung verhandelt unter der Hand schon mit verschiedenen Staaten über die Aufnahme von Palästinensern und bat befreundete Staaten, die Abschiebung aus dem Gaza zu billigen. Bisher noch ohne Erfolg.[18]

Landraub

Damit hat Israel schon seit seiner Gründung reiche Erfahrung. Nach der Eroberung des Westjordanlandes (Westbank) im Jahr 1967 werden dort seit vielen Jahren israelische Siedlungen auf enteignetem Land von Palästinensern gebaut. 2024 ließ Innenminister Belazel Smotrich im Schatten des Gazakriegs wieder 800 Hektar palästinensisches Land beschlagnahmen um neue Siedlungen zu bauen.[19] Heute leben im Westjordanland ca. 520.000 Israelis in 262 Siedlungen, wovon die größte 65.000 Siedler zählt. Die Siedlungen und Trabantenstädte sind mit einem Netz von Schnellstraßen und Buslinien mit Israel verbunden, auf denen sich die Siedler zwischen Israel und den Siedlungen frei bewegen. Hunderte Kilometer von Straßen, die nur von Israelis genutzt werden können, durchschneiden die Westbank. Der dafür nötige Boden wurde den Palästinensern geraubt. Siedlungen und Fernstraßen werden mit Zäunen gesichert, um Übergriffe von Palästinensern zu verhindern. All das bedeutet, dass die 2,8 Millionen Palästinenser, die in der Westbank leben, vielfach in kleinen Territorien eingeschlossen sind und ein freier Verkehr im Westjordanland nicht möglich ist. Die Israelis der Siedlungen sind anerkannte israelische Staatsbürger, die israelischem Recht unterworfen sind. Die Palästinenser dagegen leben unter Kriegsrecht, denn die Westbank ist von Israel erobertes und besetztes jordanisches Land. (s. Abschnitt „Apartheid“ unten)
Das Osloabkommen von 1993, mit dem die PLO als Vertreterin der Palästinenser das Existenzrecht Israels in den Grenzen von 1967 akzeptierte, sollte bis zum Jahr 2000 zu einem unabhängigen palästinensischen Staat führen. Aber statt die Siedlungen im Westjordanland schrittweise aufzuheben hat Israel den Siedlungsbau nach 1993 deutlich intensiviert. Lebten 1993, dem ersten Jahr des Osloabkommens, noch 110.000 israelische Siedler in der Westbank sind es heute dort und in Ostjerusalem mehr als 750.0000.

[16] infosperber
[17] infosperber
[18] infosperber
[19] www.faz.net/aktuell/politik/westjordanland-mehr-land-fuer-israels-siedlungsbau-19605822.html

Das beweist, dass Israel das Osloabkommen nie umzusetzen gedachte. Der Niedergang der Al Fatah und der Aufstieg der Hamas zur führenden Repräsentantin des gerechtfertigten palästinensischen Widerstands hängt mit diesem Betrug zusammen. Die Rechtswissenschaftlerin mit dem Schwerpunkt Völkerrecht Francesca Albanese, die seit 2022 UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten Gebiete Palästinas ist, beschreibt die koloniale Unterdrückung Palästinas:
„*Ursprünglich hatten die Vereinten Nationen 1947 der arabischen Bevölkerung 45 Prozent des Territoriums zuerkannt. Heute sind davon nur noch 22 Prozent übriggebliebenen. Doch auch diesen Rest will Israel den Palästinensern nicht überlassen, sondern behauptet, die Palästinenser seien eine Sicherheitsbedrohung. Aber diese Sicherheitsbedrohung ist das Ergebnis von Unterdrückung. Täglich besteht das Risiko, dass dein Haus zerstört wird, dass dein Vater und deine Mutter am Checkpoint getötet werden. Dass Siedler kommen, um dein Land zu stehlen, dich aus deinem Haus zu werfen, wenn du noch darin schläfst. Ich kann nicht akzeptieren, dass jemand von der Solidarität mit den israelischen Geiseln der Hamas spricht, aber nicht darüber reden will, dass jedes Jahr 700 palästinensische Kinder verhaftet werden. Die Kinder werden verprügelt, oft gefoltert. Bis zu zwei Tagen werden sie in Einzelhaft gehalten, ohne einen Anwalt, ohne die Eltern. Teilweise sind sie erst zwölf Jahre alt*“.
Daraus folgert sie:
„*Die gewalttätige Hamas ist ein Nebenprodukt der langwierigen Unterdrückung durch Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten. Dort herrscht eine Art von Siedlerkolonialismus, auch wenn die Menschen im Westen das häufig nicht sehen wollen. Ich nenne das koloniale Amnesie. Aber eine Aneignung von Land und Ressourcen, die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung sind unzweifelhaft ein siedlerkoloniales Unterfangen und gemäß dem Völkerrecht kriminell*“.[20]

Annexion

Israel gliedert nach und nach die im Krieg von 1967 besetzten Gebiete in den Staat Israel ein. Neben der jordanischen Westbank und dem ägyptischen Gaza betrifft das besonders die Golanhöhen, die zu Syrien gehörten, und Ostjerusalem, das als Hauptstadt der Palästinenser vorgesehen war. Beide Gebiete wurden 1967 erobert. 1980 wurde Ostjerusalem annektiert, 1981 dann die Golanhöhen. Mit den Resolutionen 478 zu Ostjerusalem und 497 zu den Golanhöhen hat der UN- Sicherheitsrat jeweils einstimmig die Annexionen als völkerrechtswidrig verurteilt und Israel aufgefordert die Annexionen aufzuheben. Ohne Reaktion. 2019 ist die USA aus der Ablehnungsfront der Völker ausgebrochen. Donald Trump erklärte bei seinem Besuch in Israel, dass die USA von nun an die Souveränität Israels über die Golanhöhen und Ostjerusalem anerkennen. Die Botschaft der USA wurde von Tel Aviv nach Jerusalem ver-

[20] https://www.jungewelt.de/artikel/478798.nahostkonflikt-israels-ruf-ist-f%C3%BCr-immer-ruiniert.html

legt. Joe Biden hat die Entscheidung Trumps nicht rückgängig gemacht. So schafft Israel zusammen mit seinen Freunden Fakten.



Bei Wikipedia zu findende biblische Darstellung: „Ausdehnung des Davidischen Großreichs, nach Einflusszonen differenziert, nach Angaben im Buch Samuel“ (CC BY 2.0)[21]

Der politische Zionismus beruft sich bei der Begründung seiner Annexionspläne im Kern auf bilische Verheißungen. Mehr darüber in der Broschüre „Nakba 2.0?“[22]

Gezielte (extralegale) Tötung von Politikern

Seit 2000 setzt Israel die gezielte Tötung von Repräsentanten feindlicher Organisationen wie der Hamas auch in anderen Staaten ein. Viele arabische Staaten bezeichnen das als Staatsterrorismus. Auch der UN Generalsekretär Kofi Annan verurteilte diese Art der Kriegsführung als nicht vom Völkerrecht gedeckt. Israel und die USA stehen mit dieser Form der Kriegsführung an der Spitze. Ohne Rücksicht auf das Völkerrecht setzen sie auf das Recht des Stärkeren. Der Drohnenmord der USA an dem iranischen General Soleimani im Irak wurde weltweit als Staatsterrorismus verurteilt.[23] Mit dem jüngsten Mordanschlag in einem fremden Land tötete Israel den Führer der Hamas Ismail Haniyeh, der der Verhandlungsführer der Hamas für einen Waffenstillstand und einen Geiselaustausch war. Tötet man einen Verhandlungsführer, wenn man die Absicht hat, ein Abkommen auszuhandeln, das zum Frieden

[21] https://de.wikipedia.org/wiki/Eretz_Israel
[22] Vgl „Nakba 2.0?“, S. 39
[23] Andreas Schüller: „Eine willkürliche Tötung“, plädoyer 2/2020 https://www.ecchr.eu/fileadmin/Fachartikel/23-25-PL-0220-AKTUELL-AUSLAND.pdf;

führt? Israel sabotiert Verhandlungen und besteht darauf, den Krieg gegen die Hamas und gegen die palästinensische Bevölkerung bis zur Vernichtung fortführen zu können. Die israelische Regierung scheint sich sicher zu sein, dass ihre Freunde sie gewähren lassen. Die neueste Militärhilfe der USA an Israel im Umfang von 20 Milliarden Dollar scheint das zu bestätigen und auch Deutschland sagt weitere Waffenhilfe zu.
Die radikale israelische Vernichtungspolitik wird vor der israelischen Bevölkerung und der ganzen Welt legitimiert, indem man dem Gegner abspricht, zur Gattung Mensch zu gehören.
Omar Bartov, ein jüdisch-israelischer Genozid- und Holocaustforscher in den USA, berichtet:„*Zwei Tage nach dem Hamas-Angriff erklärte Verteidigungsminister Yoav Gallant: ‚Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir müssen entsprechend handeln‘, und fügte später hinzu, Israel werde ‚ein Viertel nach dem anderen in Gaza zerstören‘. Der frühere Premierminister Naftali Bennett bestätigte dies: ‚Wir kämpfen gegen Nazis‘. Premierminister Benjamin Netanjahu forderte die Israelis auf, ‚sich daran zu erinnern, was Amalek euch angetan hat‘, und spielte damit auf die biblische Aufforderung an, die ‚Männer und Frauen, Kinder und Säuglinge‘ von Amalek auszurotten. In einem Radiointerview sagte er über die Hamas: ‚Ich bezeichne sie nicht als menschliche Tiere, denn das wäre eine Beleidigung für Tiere‘. Der stellvertretende Knesset-Sprecher Nissim Vaturi schrieb auf X, dass Israels Ziel die ‚Auslöschung des Gazastreifens vom Angesicht der Erde‘ sein sollte. Im israelischen Fernsehen erklärte er: ‚Es gibt keine unbeteiligten Menschen ... wir müssen dort hineingehen und töten, töten, töten. Wir müssen sie töten, bevor sie uns töten.‘ Finanzminister Bezalel Smotrich betonte in einer Rede: ‚Das Werk muss vollendet werden ... Totale Zerstörung. Das Gedenken an Amalek muss unter dem Himmel ausgelöscht werden.‘“*[24]
Diese völkisch-nationalistische Radikalität der Sprache und Gesinnung führender Repräsentanten Israels ist tief in die israelische Bevölkerung und das Militär eingedrungen. Inzwischen wird von schweren Verstößen gegen das Kriegsrecht durch die israelische Armee berichtet. In den Gefängnissen kommt es zu brutalsten Misshandlungen an Gefangenen und zu vielen Fällen von Folter.

Bruch des Völkerrechts

Israel ist international weitgehend isoliert. Die meisten UN- Resolutionen befassen sich kritisch mit der Politik Israels gegenüber den Palästinensern. Allein zwischen 2015 und 2022 hat die UN-Vollversammlung 140 israelkritische Resolutionen mit deutlicher Mehrheit verabschiedet. Die Resolutionen und die Verurteilung Israels sind jedoch völkerrechtlich nicht bindend. Das wären nur die Resolutionen des UN-

[24] aus www.theguardian.com/world/article/2024/aug/13/israel-gaza-historian-omer-bartov; Omar Bartov, jüdisch-israelischer Genozid- und Holocaustforscher in den USA, berichtet in einem etwas längeren Essay, wie er Israel nach dem 7. Oktober erlebt hat.

Sicherheitsrates. Hier hält die USA ihre schützende Hand über Israel, indem sie von ihrem Vetorecht Gebrauch macht. Einzige Ausnahme waren die oben genannten Resolutionen zur Siedlungspolitik in der Westbank. Israel hat diese Resolutionen einfach ignoriert. Die jüngste UN-Resolution vom 26.10.2023 fordert einen Waffenstillstand und uneingeschränkten Zugang zu humanitärer Hilfe im Gazastreifen. Gilan Erdan, der israelische UN-Botschafter bei der UNO, verurteilte die Resolution respektlos und arrogant: „*Der einzige Ort, an den diese Resolution gehört, ist der Mülleimer der Geschichte*“. Die UN habe gezeigt, dass sie „*nicht mehr die geringste Legitimität oder Relevanz besitze*“.[25]

Zündeln an einem großen Krieg

Die Annexionen werden immer mit zwei Argumenten begründet: Das Sicherheitsinteresse und die historische Bedeutung der Regionen für das jüdische Volk. Die Rechtfertigung für Gebietsansprüche leitet sich ab von jüdischen Siedlungen und Staatsgebilden bis vor 3.000 Jahren. Der Plan der zionistischen Weltorganisation für die Versailler Friedenskonferenz von 1919 zeichnet ein Bild von Israel, das große Teile der heutigen Staaten Ägypten, Syrien, Jordanien und des Libanon einschließt. Das historische Israel, das den Zionisten vorschwebt, ist ein religiöser unbestimmter Begriff. Ist das Großreich König Davids gemeint oder das Israel zur Zeit des Herodes? Der Zionismus – so säkular er ist bedient er sich doch biblischer Verheißungen - leidet an Landhunger und es besteht kein Zweifel, das die radikal fundamentalistischen Religiösen, die zusammen mit den Faschisten einen immer stärkeren Einfluss auf die Politik Israels ausüben, vom Großreich träumen und Taten folgen lassen. Nach ihnen ist Israel ein Land ohne Grenzen. Insofern ist die israelische Politik heute eine ständige Bedrohung seiner Nachbarstaaten. Wenn Israel heute den Konflikt mit der Hisbollah im Libanon verschärft, liegt dem auch die Absicht zu Grunde, die Grenze Israels nach Norden bis zum Litanifluss zu verlegen und die libanesische Bevölkerung von dort zu vertreiben. Israel versteht sich als jüdischen Staat und begründet das nicht allein religiös, sondern auch ethnisch. Da dem Zionismus zu Folge das Land Palästina nur dem jüdischen Volk gehört und palästinensische Ansprüche ungültig sind, leitet er sich daraus auch das Recht auf Vertreibung und Unterdrückung der palästinensischen Urbevölkerung ab. Damit unterscheidet sich der völkische israelische Fundamentalismus deutlich von der Hamas, die zwar ebenfalls einen religiösen islamischen Staat fordert, aber die Vertreibung der Juden aus Palästina ausdrücklich nicht in ihrem Programm enthält.
Der Zionismus ist eine rassistische und koloniale Ideologie. Domenico Losurdo hat Vorstellungen Herzls in seinem Buch „Die Sprache des Imperiums“ dokumentiert. Herzl empfahl den westlichen Großmächten:

[25] www.dw.com/de/israel-und-die-un-ein-schwieriges-verh%C3%A4ltnis/a-68642332

„Die meisten Juden sind keine Orientalen mehr; so möchten wir als Culturträger des Westens in diesen verseuchten, verwahrlosten Winkel des Orients Reinlichkeit, Ordnung und die geklärten Sitten des Abendlands bringen". An anderer Stelle: „Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen".[26]
Israel genießt dabei die Unterstützung des Westens und auch Deutschlands. Israel möchte die vollkommene Vernichtung des arabischen und iranischen Widerstands. Besonders den Iran empfindet es als Bedrohung seiner Existenz. Die FAZ nennt Iran den „Kopf des Kraken", der aus der Hamas, der Hizbollah und den Huthi bestehe. Die Gefahr, dass Israel den „Westen" in einen großen Krieg hineinzieht ist aktuell.[27]

Apartheid

Schon Mitte der Siebziger Jahre veröffentlichte der damalige Vorsitzende der Israelischen Liga für Menschenrechte Israel Shahak seine Dokumentation „Nicht-Juden im jüdischen Staat", deutsch herausgegeben 1977 im progress dritte welt verlag bonn. Im Vorwort geht Erich Fried auf den darauf einsetzenden Hass und die Verfolgung Shahaks ein, insbesondere von seiten der „judenfreundlichen" Deutschen und fragt z. B. „Oder tastet Israel Shahak eines der heiligsten Rechte an, das Menschen sich nehmen? Ich meine das Recht auf die Doppelmoral oder auf die Moral mit beschränkter Haftung."
Aus Shahaks Dokumentation der rechtlichen Diskriminierung von Juden und Nicht-Juden kann man bereits den Vorwurf der Apartheid ableiten.
Petra Wild greift ihn 2013 in ihrem Buch „Apartheid und ethnische Säuberung in Palästina" auf und stellt ihn in den breiteren Kontext des „zionistischen Siedlerkolonialismus".[28] Sie sah sich – schon wie Shahak – natürlich sofort des Vorwurfs des „Antisemitismus" ausgesetzt.
Neuerlichen Aufwind und Unterstützung in der Sache bekam die Diskussion um Apartheid in Israel/Palästina mit drei relativ kurz aufeinander folgenden Berichten renommierter Menschenrechtsorganisationen. Den Anfang machte im Januar 2021 B'Tselem mit „This is Apartheid".[29] Darauf folgte im April 2021 Human Rights Watch (HRW) mit „Die Realität der Apartheid".[30] Die größte Aufmerksamkeit erhielt dann der umfassende Bericht von amnesty international im Februar 2022. Die deutsche Übersetzung der „executive summary" des englischsprachigen Berichts „Israel's Apartheid against Palestinians"[31] vom Februar 2022 ist abrufbar unter.[32]

---

[26] Zit. nach: Dokumentation zum Gaza-Krieg. Aufsätze zur Diskussion 97, Nov. 2023, S.37
[27] Christian Meiner, FAZ 20. 08. 2024
[28] vgl. auch „'Nakba 2.0?' Israel: ethnische Säuberung als politisches Programm und die deutsche Staatsräson.", Frankfurt/M. 2023, https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/01/nakba2.0-A4.pdf, S. 44/45
[29] www.btselem.org/publications/fulltext/202101_this_is_apartheid
[30] www.hrw.org/de/news/2021/07/26/die-realitaet-der-apartheid
[31] www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2022/02/MDE1551412022ENGLISH.pdf

Dazu Muriel Asseburg, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): *„Am 1. Februar 2022 präsentierte Amnesty International einen umfassenden Bericht, in dem es Israel vorwirft, an den Palästinenserinnen und Palästinensern Apartheid zu verüben und damit ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen. Der Amnesty-Bericht reiht sich ein in eine Serie von Publikationen palästinensischer, israelischer und internationaler Menschenrechtsorganisationen, die in Israel bzw. den palästinensischen Gebieten nunmehr die Schwelle zur Apartheid überschritten sehen. Dabei gehen die Meinungen in den einzelnen Berichten darüber auseinander, in welchem Gebiet solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden. Die Bundesregierung sollte sich den Apartheid-Vorwurf nicht ohne sorgfältige Prüfung zu eigen machen, die gravierenden Menschenrechtsverletzungen, die der Amnesty-Bericht dokumentiert, aber ernst nehmen. Daraus erwachsen Deutschland allein schon auf Basis der Genfer Konventionen direkte Rechtspflichten.“*[33]
Da sich der Vorwurf der Apartheid sofort einem Entrüstungs- und Angriffssturm insbesondere vonseiten der Zionisten und westlichen Unterstützerstaaten Israels ausgesetzt sah, hat amnesty extra eine Seite zu Fragen und Antworten zum Bericht "Israel's Apartheid against Palestinians" online gesetzt.[34]
Aktuell hat der Vorwurf der Apartheid Bedeutung gewonnen dadurch, dass er eine zentrale Rolle in der Völkermord-Klageschrift der Republik Südafrika an den IGH vom 29.12.2023 spielt. Dort heißt es im 2. Abschnitt:
„Aus diesem Grund ist es wichtig, die völkermörderischen Handlungen in den breiteren Kontext des Verhaltens Israels gegenüber den Palästinensern während seiner 75-jährigen Apartheid, seiner 56-jährigen kriegerischen Besetzung palästinensischer Gebiete und seiner 16-jährigen Blockade des Gazastreifens zu stellen, einschließlich der damit verbundenen schwerwiegenden und andauernden Verletzungen des Völkerrechts, einschließlich schwerer Verstöße gegen die Vierte Genfer Konvention,3 und anderer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“
Weiterhin:
„4. Die Tatsachen, auf die sich Südafrika in diesem Antrag beruft und die in diesem Verfahren weiter ausgeführt werden sollen, belegen, dass Israel – vor dem Hintergrund von Apartheid, Vertreibung, ethnischer Säuberung, Annexion, Besatzung, Diskriminierung und der anhaltenden Verweigerung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung – insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 versäumt hat, Völkermord zu verhindern und die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord zu verfolgen.“
Und:

---

[32] www.amnesty.de/sites/default/files/2022-08/Amnesty-Uebersetzung-Zusammenfassung-Bericht-Israels-Apartheid-against-Palestinians-2022.pdf

[33] www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A13_Amnesty_Israel.pdf

[34] www.amnesty.de/informieren/fragen-und-antworten-zum-bericht-israels-apartheid-against-palestinians

„35. Das institutionalisierte Regime diskriminierender Gesetze, Politiken und Praktiken Israels unterwirft die Palästinenser einem Apartheidregime.140 Die Palästinenser im Westjordanland sind hinter einer Trennungsmauer eingeschlossen und sind folgenden Maßnahmen ausgesetzt: diskriminierende Flächennutzungs- und Planungspolitik; strafbewehrte und administrative Hauszerstörungen;141 gewaltsame Übergriffe der israelischen Armee auf palästinensische Dörfer, Städte und Flüchtlingslager, auch im Gebiet A;142 routinemäßige gewaltsame israelische Razzien in ihren Häusern; willkürliche Verhaftungen und unbefristet verlängerbare Verwaltungshaft (Internierung ohne Gerichtsverfahren); und ein duales Rechtssystem, nach dem Palästinenser gemäß der israelischen Militärgesetzgebung vor israelischen Militärgerichten ohne den grundlegenden Schutz des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte verurteilt werden, während israelische Siedler, die in demselben Gebiet leben , einem anderen Rechtssystem unterliegen und vor israelischen Zivilgerichten in ordnungsgemäßen Verfahren Recht erfahren.“[35]

Gideon Levy sagte am 7.11.2023 in der Tagesschau: „*Wenn die Zwei-Staaten-Lösung tot ist, gibt es nur zwei Optionen. … Eine Option ist, diese Apartheid auf ewig fortzusetzen und die Palästinenser werden niemals eine Selbstbestimmung, ein Bürgerrecht bekommen. Sie haben noch nicht einmal eine Staatsangehörigkeit, keine Menschenrechte, keine Bürgerrechte. Und wir werden das endlos fortsetzen.*
Die andere Option ist eine Demokratie. Eine dritte Möglichkeit gibt es jetzt nicht. Und Demokratie ist das Ende des jüdischen Staates, das Ende des Zionismus, das wäre ein Staat zwischen Jordan und dem Mittelmeer. 7 ½ Millionen Juden, 7 ½ Millionen Palästinenser, mit Gaza. Das klingt wie eine Utopie. Aber viele Sachen in der Geschichte haben erst wie eine Utopie geklungen … . Eine Einstaatenlösung mit „eine Person - eine Stimme“ ist zur Zeit die einzige Möglichkeit oder absehbare Lösung. Ich weiß, dass das völlig verrückt klingt, aber was für eine Alternative gibt es? Die Alternative ist Apartheid auf ewig.“[36]

Trotz solch schwerwiegender Vorwürfe und nachgewiesenen Fakten hält die sonst so auf Menschenrechte bedachte Bundesregierung an ihrer „Staatsräson“ fest und die Mainstream-Medien rudern natürlich feste, um solche Widersprüche zu relativieren (https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/palaestinenser-apartheid-vorwurf-israel-nahost-konflikt-100.html). Aber sie schaffen es nicht.

[35] www.sand-im-getriebe.org/media/pages/artikel/thema-israel-palastina/789c45b6b3-1710102969/klage-von-sudafrika-gegen-israel-vor-dem-igh-29-12-2023.pdf

[36] www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tagesthemen/video-1269928.html vom 7.11.2023 04;22 bis 07:18; zit. nach „Nakba2.0?“ (s. o.)

Was unsere Staatsräson verbietet

Kritik an Israelischen Annexionsplänen -nicht gestattet

Schon im Programm der von Netanjahu geführten heutigen Regierungspartei Likud aus dem Jahr 1977 steht eindeutig, dass die Annexion des Westjordanlandes beabsichtigt ist und ein palästinesischer Staat abgelehnt wird:
The Right of the Jewish People to the Land of Israel (Eretz Israel)
„a. The right of the Jewish people to the land of Israel is eternal and indisputable and is linked with the right to security and peace; therefore, Judea and Samaria will not be handed to any foreign administration; between the Sea and the Jordan there will only be Israeli sovereignty.
b. A plan which relinquishes parts of western Eretz Israel, undermines our right to the country, unavoidably leads to the establishment of a 'Palestinian State,' jeopardizes the security of the Jewish population, endangers the existence of the State of Israel. and frustrates any prospect of peace."
Das Recht des jüdischen Volkes auf das Land Israel (Eretz Israel)
„a) Das Recht des jüdischen Volkes auf das Land Israel ist ewig und unstrittig. Es ist mit dem Recht auf Sicherheit und Frieden verbunden; Deswegen werden Judäa und Samaria keiner ausländischen Verwaltung übergeben; zwischen dem Meer und dem Jordan wird es nur eine israelische Souveränität geben.
b) Ein Plan, der auf Teile des westlichen Eretz Israel verzichtet, untergräbt unser Recht auf das Land, führt unvermeidlich zur Etablierung eines ‚palästinensischen Staates', gefährdet die Sicherheit der jüdischen Bevölkerung, bedroht die Existenz des Staates Israel und durchkreuzt jede Aussicht auf Frieden"[37]
Die Knesseth, das israelische Parlament, bekräftigte im Juli 2024, dass „*die Schaffung eines palästinensischen Staates ‚im Herzen des Landes Israel' als existenzielle Gefahr gewertet wird*"[38] Israel erklärt offen Annexionen von Teilen der Nachbarländer als sein Ziel. Annexionen sind zweifellos Verstöße gegen das Völkerrecht. Sie müssten mit Sanktionen beantwortet werden.
Bei der Eingliederung der Krim nach Russland 2014 waren die USA und die Europäische Union schnell dabei, die Inbesitznahme als Verstoß gegen das Völkerrecht zu brandmarken und daraus das Recht auf starke Sanktionen abzuleiten.
Dabei missachteten sie das Selbstbestimmungsrecht der Einwohner der Krim, die sich in mehreren Plebisziten mit deutlicher Mehrheit für den Anschluss an Russland ausgesprochen hatten.
Ganz anders im Fall Israel: Der Bundestag hat am 17. Mai 2019 einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Der BDS-

[37] eigene Übersetzung; https://www.jewishvirtuallibrary.org/original-party-platform-of-the-likud-party
[38] Alexander Haneke, Kein Frieden, FAZ 19.07.2024

Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen“ (BT-Drucksache 19/10191) angenommen.
„Der Bundestag tritt damit jeder Form des Antisemitismus schon im Entstehen entschlossen entgegen und verurteilt die BDS-Kampagne und den Aufruf zum Boykott von israelischen Waren, Unternehmen, Wissenschaftlern,
Künstlern und Sportlern. Es sollen keine Organisationen finanziell gefördert werden, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen. Länder, Städte und Gemeinden werden aufgerufen, sich dieser Haltung anzuschließen.“[39]
Der Aufruf BDS (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen) ist ein Versuch der palästinensischen Zivilgesellschaft, internationalen Druck aufzubauen, um Israel zu zwingen, das Völkerrecht einzuhalten. BDS ruft nicht zum generellen Handelsboykott mit Israel auf, sondern konzentriert sich auf die Wirtschaftsaktivitäten im Westjordanland als besetztem Gebiet. Dieser Aufruf ist legitim und friedlich. Er stellt das Existenzrecht Israels nicht in Frage. Aber unsere Politiker, die strengste Wirtschaftssanktionen gegen viele Staaten der Welt verhängen, entrüsten sich über alle Maßen, wenn auch Sanktionen gegen „westliche“ Staaten für deren völkerrechtswidrige Überfälle auf anderen Staaten gefordert werden.
Mit der Formel: „Das Existenzrecht Israels wird bestritten“, wird jede differenzierte legitime Kritik an den Völkerrechtsverstößen der israelischen Politik bekämpft. Damit soll nicht nur das Widerstandsrecht der Palästinenser ausgehebelt werden, sondern auch die innerisraelische Kritik am israelischen Staat. Die rechtsnationale zionistische bis faschistische Regierung Netanjahus erhält einen Freibrief für alle Maßnahmen.
Die Erklärung des Bundestags hat keine rechtlich bindende Bedeutung. Sie gibt nur die Auffassung der großen Mehrheit der deutschen Parlamentarier wieder. Aber diese erzeugt damit eine gesellschaftliche Wirkung, die administratives und polizeiliches Handeln stark beeinflusst. Mit dem Überfall der Hamas und dem folgenden Gazakrieg nimmt die Verfolgung von Menschen, die der gegenwärtigen israelischen Politik kritisch gegenüber stehen, auch in Deutschland Fahrt auf.

Internationale und deutsche Solidarität mit dem palästinensischen Volk – bei uns nicht gestattet

Einige Beispiele:
Die international anerkannte jüdische feministische Künstlerin Candize Breitz, die in Südafrika unter Bedingungen der Apartheid aufwuchs und heute in Berlin lebt und arbeitet, sollte 2024 im Saarlandmuseum in Saarbrücken eine große Ausstellung ihrer Werke haben, an der sie schon seit zwei Jahren arbeitet. Die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz hat jedoch aufgrund *„kontroverser Äußerungen im Kontext des*

[39] www.bundestag.de/resource/blob/814894/cf6a69d010a1cc9b4a18e5f859a9bd42/W

Angriffskriegs der Hamas auf den Staat Israel“ die Ausstellung kurzer Hand gekündigt. C. Breitz gibt nicht klein bei und sucht die rechtliche Auseinandersetzung.
Die weltberühmte jüdische Philosophin Judith Butler erhielt 2012 den Adorno-Preis der Stadt Frankfurt. Der Verband der jüdischen Studierenden in Hessen forderte, ihr den Preis aufgrund ihrer Äußerungen zur israelischen Politik abzuerkennen. Das Studierendenparlament der Uni Frankfurt schloss sich dem Protest an. Der Beauftragte für Antisemitismus des Landes Hessen, Uwe Becker (CDU), äußerte, sie hätte den Preis nie erhalten dürfen.
Im Oktober 2023 wurde die Staatssekretärin im Sozialministerium Schleswig-Holsteins, Marjam Samazade, von ihrer Ministerin Aminata Toure entlassen, weil sie auf Instagram eine persönliche Stellungnahme veröffentlicht hatte, in der sie die israelische Regierung für deren Angriffe auf Gaza kritisierte. Die Ministerin begründete die Entlassung:
„*Unsere Haltung ist klar: Wir stehen an der Seite Israels, das das Recht hat sich selbst zu verteidigen. Israels Existenzrecht darf zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt werden*“.[40]
Der gravierendste Vorgang ist der Fall der Bundesministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP): Anfang Mai besetzten ungefähr 150 Studierende der FU Berlin den Campus der Universität in Berlin-Dahlem, um ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk in Gaza auszudrücken. Die Universitätsleitung ließ das Protestcamp durch die Polizei am 7.Mai 2024 gewaltsam räumen. Knapp 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mehrerer Berliner Universitäten kritisierten in einem Offenen Brief den Polizeieinsatz. Sie verwiesen auf das Grundrecht der Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Sie schrieben:
„*Angesichts der angekündigten Bombardierung Rafahs und der Verschärfung der humanitären Krise in Gaza sollte die Dringlichkeit des Anliegens der Palästinenser auch für jene nachvollziehbar sein, die nicht alle konkreten Forderungen teilen oder die gewählte Aktionsform nicht für geeignet halten*“.[41]
Bildungsministerin Stark-Watzinger kritsierte den Offenen Brief umgehend in der „Bild“-Zeitung. Sie sei „fassungslos“… „*Statt sich klar gegen Israel- und Judenhass zu stellen, werden Uni-Besetzer zu Opfern gemacht und Gewalt verharmlost*“. Gerade Professoren und Dozenten müssten „*auf dem Boden des Grundgesetzes stehen*“. Einige Tage später veranlasste das Bundesministerium für Bildung und Forschung eine Prüfung, ob der Brief strafrechtliche Inhalte enthält – und ob es möglich sei, Fördergelder zu widerrufen. Das endlich brachte einen Sturm der Entrüstung hervor und der Rücktritt der Ministerin wurde gefordert. Diese wies ihre Verantwortung zurück und brachte ein Bauernopfer, indem sie ihre Staatssekretärin Sabine Döring entließ.

[40] www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Israelkritischer-Beitrag-Integrations-Staatssekretaerin-muss-gehen,staatssekretaerin100.html
[41] https://www.rnd.de/politik/bettina-stark-watzinger-warum-die-ministerin-ihre-staatssekretaerin-entlaesst-T2IX7SXEG5CYJHJ3EVCDBQ3JFE.html

Nach weiteren Protesten beschäftigt sich nun der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Bundestages mit der Frage, wer die förderrechtliche Prüfung eingeleitet hat, die sich gegen die Unterzeichner des Offenen Briefes richtet. Stark -Watzinger hat ihrer Staatssekräterin Schweigepflicht auferlegt und weigert sich, sie davon zu entbinden.[42]

Palästinensischer Widerstand in unserem Land – stark beschränkt

Die ständige Verurteilung von Kritik an israelischer Regierungspolitik als Antisemitismus erreicht jetzt im Gazakrieg ihren den bisherigen Höhepunkt. Grundrechte werden massiv verletzt. Vor allem palästinensische Kritik wird nahezu unmöglich gemacht. Symbolisch dafür steht das Verbot des für drei Tage anberaumten Palästina-Kongresses in Berlin. Obwohl die Veranstalter alle polizeilichen Auflagen erfüllt hatten, wurde der Kongress zwei Stunden nach Eröffnung mit einem gewaltigen Polizeiaufgebot aufgelöst. Es wird vermutet, dass die Anweisung für die gewaltsame Beendigung direkt aus dem Bundesinnenministerium kam. Nancy Faeser schrieb dazu: *„Es ist richtig und notwendig, dass die Berliner Polizei hart durchgreift beim sogenannten (sic!) Palästina-Kongreß. Wir dulden keine islamische Propaganda und keinen Hass gegen Jüdinnen und Juden.*“
Schon im Vorfeld wurde der Kongress behindert. Prominenten Teilnehmern, wie dem britisch-palästinensischen Chirurgen Ghassen Abu-Sittah, der zuvor 43 Tage in einem Krankenhaus in Gaza gearbeitet hatte, wurde die Einreise verweigert. (Inzwischen erklärte ein Gericht das Einreiseverbot für rechtswidrig.) Auch dem ehemaligen griechischen Finanzminister und heutigem Abgeordneten des EU-Parlaments, Yanis Varoufakis, wurde die Einreise nach Deutschland verwehrt.[43]
Kein Wunder, dass es auch bei Protestaktionen und Demonstrationen der Palästinenser hierzulande zahlreiche Behinderungen, Verhaftungen und Anzeigen gab, denn jeder Bezug zur Hamas oder zu einer anderen hier verbotenen palästinensischen Organisation steht unter Strafe. Parolen wie „From the river to the sea, Palestine must be free“ oder „Intifada bis zum Sieg“ gelten als verboten, wann immer ein Bezug zur Hamas konstruiert wird. Palästinensische Fahnen oder sogar Halstücher werden kritisch beäugt. Die Demonstrationen sind umschwärmt von Spitzeln, die die Aufgabe haben, Teilnehmern Verfahren anzulasten. 680 Fälle bearbeitet allein die Berliner Staatsanwaltschaft bis Juni 2024 .[44]
Amnesty International erklärt dazu:
„Das Recht auf Protest ist ein Menschenrecht und durch die Versammlungs- und Meinungsfreiheit für alle geschützt. Doch aktuell kommt es auch in Deutschland immer wieder zu teils unverhältnismäßigen Einschränkungen dieses Menschenrechts.

[42] FAZ 19.08.2024
[43] www.sueddeutsche.de/politik/palaestina-kongress-berlin-abbruch-polizei-1.6548072
[44] www.rbb24.de/panorama/beitrag/2024/04/berlin-staatsanwaltschaft-verfahren-nahost-gaza-krieg-konflikt-hamas.html

Betroffen sind derzeit beispielsweise Menschen, die in Solidarität mit Palästina protestieren. Doch eine pauschale Kriminalisierung dieser Proteste und die Unterdrückung Palästina-solidarischer Stimmen im öffentlichen Diskurs sind mit den Menschenrechten unvereinbar.“[45]

Die Staatsräson - Gesamtbetrachtung

Das Prinzip der Staatsräson besagt, dass der Staatserhalt über allem steht. Es ist eine vordemokratische Idee, die die Verteidigung der Staatsmacht in den Händen eines Einzigen oder Weniger begründen soll. Es ist Machiavellismus und gehört nicht zu den Grundlagen demokratischer Staaten.

„*Deshalb ist es komisch, dass er von der Bundesrepublik verwendet wird, um unsere Beziehung zu Israel auszudrücken, die ja eigentlich als Ausweis unserer geläuterten und demokratischen Gesinnung gilt.*
Ursprünglich hatte das Wort nicht die Bedeutung, die es seit dem 7. Oktober hat. Angela Merkel hat 2008 die Sicherheit Israels als deutsche Staatsräson bezeichnet. Die Verwendung, die Merkel im Sinn hatte, geht auf einen Essay von Rudolf Dreßler zurück. Der war von 2000 bis 2005 deutscher Botschafter in Israel. Also während der Zweiten Intifada, die, anders als die Erste, extrem blutig war. In diesem Kontext hat Dreßler den Begriff erstmals auf die deutsch-israelische Beziehung bezogen. Er sagte: Aufgrund der deutschen Geschichte muss jede Konfliktlösungsmöglichkeit im Nahen Osten immer von der Sicherheit der Jüdinnen und Juden ausgehen. Erst dann könnten wir über eine Zweistaatenlösung et cetera reden.“[46]
Gegen diesen Schutzgedanken ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Seit der Erklärung des Bundestags von 2019 und besonders seit dem Überfall der Hamas vom 7. Oktober dient der Begriff aber einem Freibrief für eine hoch geüstete Militärmacht für Rachefeldzüge und territoriale Eroberungen.
„*Der Begriff der Staatsräson findet weder im Grundgesetz noch in einfachgesetzlichen Vorschriften des deutschen Rechts Verwendung. Er ist daher nicht als rechtlicher Terminus aufzufassen*“, stellt der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags klar.[47] Er ist eine politische Willenserklärung.
Die Staatsräson gegenüber Israel leitet sich von den bis dahin schlimmsten Verbrechen in der Geschichte ab, die der Staat des faschistischen Deutschland am jüdischen Volk begangen hat, der Shoah. Sie soll die tiefe Reue des deutschen Volkes bezeugen und Grundlage aller Handlungen sein, um dauerhafte Vergebung zu erhalten. Deswegen müssten alle Zweifel am rechtmäßigen Handeln des israelischen Staats konsequent unterdrückt und, wenn nötig, als antisemitisch auch strafrechtlich verfolgt werden.

[45] www.amnesty.de/deutschland-einschraenkung-pro-palaestinensischer-proteste
[46] Daniel Marwecki im Gespräch mit Jakob Augstein, der Freitag | Nr. 23 | 6. Juni 2024, S. 14
[47] www.bundestag.de/resource/blob/984870/79547ce7fca4d17deedd8bf400ee7e44/WD-3-134-23-pdf.pdf

Der Staatsräson liegen einige Denkfehler zugrunde.

1. Keine Regierung kann für ein ganzes Volk sprechen. Auch der verabscheuungswürdige Antisemitismus lässt sich nicht administrativ ausrotten, sondern muss in erster Linie ideologisch bekämpft werden.
2. Die Staatsräson unterscheidet nicht zwischen Staat, Regierung und Volk. Es gab immer viele Juden, die den Zionismus und die Gründung des jüdischen Staats ablehnten. Prominentes Beispiel dafür ist Albert Einstein. In seinem Buch „Out of My Later Years" schreibt er: „*Ich würde lieber ein vernünftiges Abkommen mit den Arabern auf der Basis des Zusammenlebens sehen als die Erschaffung eines Judenstaates. Außer den praktischen Erwägungen widersteht meine Bewusstheit von der wesentlichen Natur des Judaismus der Idee eines Judenstaates mit Grenzen, einer Armee und einem Maß weltlicher Macht, egal wie bescheiden. Ich befürchte den inneren Schaden, den der Judaismus erleiden wird*".[48] Einstein lehnte folglich das Angebot ab, Präsident Israels zu werden.
   Auch heute spricht die faschistisch - ultraorthodoxe Regierung Israels nicht für das gesamte israelische Volk. Es gibt nicht wenige israelische Bürger die die gewalttätige Politik ihrer Regierung ablehnen und für Verständigung mit dem palästinensischen Volk eintreten.
3. Regierungen und Staaten sind vergänglich. Das Volk bleibt. Es ist zu unterscheiden zwischen dem Existenzrecht der israelischen und weltweit der jüdischen Bevölkerung und der Existenz des jüdischen Staates. Auch der Nazistaat ist vergangen, die DDR ist vergangen usw. Verteidigung der Menschenrechte ist Verteidigung des Rechts auf Leben und körperlicher Unversehrtheit aller Menschen und nicht die Verteidigung aller Handlungen eines konkreten religiösen Staates.
4. Die Staatsräson knüpft an die Kollektivschuldthese an, die besagt, dass das ganze deutsche Volk unterschiedslos an Faschismus und Weltkrieg schuld gewesen sei. Die Kollektivschuldthese ist falsch. Der Faschismus kam an die Macht als Instrument zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und zur Zerschlagung ihrer Organisationen. Die Kollektivschuldthese soll diese historische Tatsache auslöschen. Der Faschismus leugnet den Klassenkampf und setzt an seine Stelle die Ideologie der Volksgemeinschaft. Daran knüpft die Kollektivschuldthese direkt an. Das gesamte Volk sei gleichermaßen schuldig. Das entlastet das Bürgertum und die wirklich Schuldigen und leugnet die historische Realität. Die Erinnerung an die Stärke der Arbeiterbewegung vor 1933 und an den von ihr getragenen Widerstand im 3.Reich wird verleugnet.[49]

Es ist berechtigt die deutsche Staatsräson grundsätzlich zu bezweifeln. Wurden denn die Verbrechen der Nazis an den Juden und den vielen anderen Völkern, die in den

[48] Aus: Zionismus und Rassismus, Palästina Dokumentation Nr.3, Bonn, Dez. 1975, S.16
[49] https://arbeiterpolitik.de/1989/04/zionismus-faschismus-kollektivschuld/

Eroberungsfeldzügen der Hitlerarmee und in den Konzentrations- und Arbeitslagern im Reich begangen wurden, strafrechtlich verfolgt? Wie in in den beiden letzten Kapiteln der Broschüre „Naqba 2.0?“ ausführlich dargestellt[50], wissen wir, dass das kaum geschah. Wir wissen auch, dass der Nachfolgestaat des Dritten Reiches, die Bundesrepublik Deutschland, sehr bald in das westlich imperialistische Bündnis unter Führung der USA eingegliedert wurde und wir erlebten 1955 mit der Gründung des Bundeswehr das Wiederaufleben des deutschen Militarismus.

Die bedingungslos Unterstützung der israelischen Politik entspricht geopolitischen Interessen. Es sind diese Interessen, die es opportun machen, sowohl in der Ukraine wie in Israel mit offen faschistischen Kräften zusammenzuarbeiten und sie hoffähig zu machen. In unserem Land stimmt man mit der AfD, die man angeblich so prinzipiell bekämpft, inhaltlich in vielen Fragen überein. So erklärte Alexander Gauland, der Ehrenvorsitzende der Afd, im Bundestag nach dem 7. Oktober 2023: „*Der Angriff galt nicht nur dem jüdischen Staat, er galt auch uns. Israel, das ist der Westen in einer Umgebung, die den Westen ablehnt und bekämpft. Wenn wir uns an die Seite Israels stellen, verteidigen wir auch unsere Art zu leben*“.[51] Erinnert das nicht an das Israel als Vorposten gegen die Barbarei, von dem Herzl sprach?

Die Identität von Zionismus und europäischem Nationalismus war vielen Juden, die den Zionismus ablehnten, bewusst. Der bedeutende jüdisch-amerikanische Philosoph Morris R. Cohen, schrieb in seinem Buch Zionism,Tribalism and Liberalism, New York 1946. „*Im Grunde akzeptierten die Zionisten die Rassenideologie (der) Antisemiten, aber ziehen andere Schlüsse. Anstatt des Teutonen ist es der Jude, der die reinere und höhere Rasse ist… Die idealistischen Zionisten sind vollkommen bereit, die Rechte der nichtjüdischen Bevölkerung Palästinas zu übergehen, fast wie die teutonischen Idealisten mit ihrer überlegenen Kultur*“.[52]
Die bedingungslose Unterstützung, die auch die USA dem Staat Israel gewährt, wird dort gestützt von einer breiten neofaschistischen evangelikalen Bewegung, die einen dominanten Einfluss vor allem auf die republikanische Partei ausübt. Die evangelikalen Christen sehen im Gaza-Krieg die Vorboten des Jüngsten Gerichts. Nach ihnen kehrt Jesus nur dann auf die Erde zurück, wenn Israel seine ursprünglichen (!) Grenzen zurück bekommt. Deshalb muss ein palästinensischer Staat verhindert werden. Ein Frieden mit Zugeständnissen an das palästinensische Volk darf es nicht geben. Die dort stattfindende prophezeite Auseinandersetzung zwischen Gut und Böse ist lauf den Evangelikalen unvermeidlich. Es gilt, sich darauf vorzubereiten. Ein Slo-

[50] „‘Nakba 2.0?‘ Israel: ethnische Säuberung als politisches Programm und die deutsche Staatsräson.“, Frankfurt/M. 2023, S. 59 ff. als Auskoppelung s. https://klartext-info.de/israel-wie-war-und-wie-ist-das-mit-der-deutschen-verantwortung/

[51] https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/gauland-hamas-muss-radikal-bekaempft-werden/

[52] Palästina Dokumentation Nr.3, Bonn, Dez. 1975, S. 18

gan unter den Evangelikalen lautet: „ *Es wurden zwei Nationen geschaffen, um Gott zu ehren: USA und Israel*“.[53]
Der Boden, der die USA mit ihren fundamentalistischen Christen und Deutschland mit seinen Neo-Faschisten gemeinsam trägt, ist der Imperialismus. Auch Deutschland strebt wider nach imperialer Weltbedeutung, verteidigt „seine Interessen“ rund um den Globus und beansprucht militärische Führungsposition in der Europäischen Union. Die Staatsräson mit dem Vorpostenstaat des Westens in Nah-Ost passt ins Bild.

Ausblick

Von der israelischen Regierung ist keine Initiative zu erwarten, die eine Entspannung im Nahen Osten bringt und einen Plan zur Versöhnung mit den Palästinensern enthält. Im Gegenteil setzt das Kabinett derart auf Konfrontation und militärische Überlegenheit, dass ein großer Konflikt in Nahost, der viele Staaten einschließt, möglich ist. Unsere Regierung scheint das wenig zu beunruhigen. Noch immer erzählt sie das Märchen von der Zwei-Staaten- Lösung, obwohl seit langem offensichtlich ist, dass Israel das nicht zulässt. Die Regierungen Deutschlands und der USA dulden das und unterstützen damit die Verhinderung eines palästinensischen Staates. Mehr noch. Sie unterstützen mit wirtschaftlicher, militärischer und politischer Hilfe das Vormachtstreben Israels und die brutale Unterdrückung der Palästinenser. Wenn Sie Israel kritisieren, dann nur , um nicht von dem Vertrauensverlust Israels in der Welt selbst erfasst zu werden. Das offen menschenverachtende und völkerrechtswidrige Vorgehen Israel passt nicht zu ihrem, der Welt dargebotenem, Image der wertebasierten Demokratien und Hüter der Menschenrechte. Deshalb fordern sie Israel auf, es nicht zu hemmungslos und öffentlich zu treiben. Sie kritisieren nicht die Taten und Absichten, sondern nur die extremsten Erscheinungen der Form. Vor allem die äußerste faschistische israelische Rechte darf man auch mal kritisieren. Die Tagesschau berichtet: „*Kritik übte Baerbock in ihrem Gespräch mit ihrem Amtskollegen Katz auch an Mitgliedern der israelischen Regierung. Sie sei darüber irritiert, dass einzelne Minister gefordert hätten, im Westjordanland militärisch ähnlich hart vorzugehen wie im Gazastreifen. Eine solche Reaktion sei genau das Kalkül der Hamas. Auch dadurch schwinde das internationale Vertrauen in Israel.*“[54]
Schuld an allem ist die Hamas! Sie vernichtet ihr eigenes Volk, das sich dem „Bösen“ verschrieben hat. So denkt Baerbock in voller Übereinstimmung mit dem israelischen Präsidenten Herzog.
Mit einer solchen Staatsräson, die Gräueltaten bis hin zum Völkermord akzeptiert, ist kein Beitrag zum Frieden zu leisten. Es ist auch nicht die Lehre, die das deutsche Volk aus dem Nationalsozialmus und dem Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht, in dessen Dunkel sich die Shoah vollzog, ziehen sollte. Eine wirkliche Verhaltensänderung, die auf Einsicht beruht, würde vor allem dem deutschen Militarismus

[53] www.nzz.ch/international/evangelikale-amerikaner-sind-die-treuesten-israel-freunde-ld.1763907
[54] https://www.tagesschau.de/ausland/asien/besuch-baerbock-israel-100.html

und dem Großmachtstreben entsagen. Im konkreten Fall würde sie sich daran beteiligen, das mörderische Vorgehen Israels auch durch Taten zu stoppen
Die Sonderbeauftragte der UN für Palästina Francesca Albanese sagt:
„*Welche Möglichkeiten gibt es, internationales Recht durchzusetzen? Wie kann das gegen Israel mit seinen mächtigen Unterstützern in den USA und in der EU gelingen? Ein Mittel heißt Sanktionen: die Aussetzung der diplomatischen und politischen Beziehungen, Reduktion der wirtschaftlichen Beziehungen. Das ist das einzige, was die Achtung von Recht und Ordnung, die Rechtsstaatlichkeit in den besetzten palästinensischen Gebieten, in Israel und in den Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern wieder ein wenig herstellen kann.*“[55]
Einige Staaten gehen diesen Weg. So muss sich z. B. Norwegens 1,7 Billionen Dollar schwerer Vermögensfonds ... möglicherweise von Aktien von Unternehmen trennen, die gegen die neue, strengere Auslegung der Ethikstandards für Unternehmen verstoßen, die Israels Operationen in den besetzten Palästinensergebieten unterstützen.[56] Die Ethikstandards beschließt das norwegische Parlament. Bei uns ist das gegenwärtig undenkbar.
Eine Lösung des tödlichen Konflikts zwischen dem israelischen und palästinensischen Volk kann es nur geben, wenn die Völker bereit sind, aufeinander zuzugehen und ihr gegenseitiges Recht auf Leben in einem Gebiet anzuerkennen. Davon sind beide Seiten weit entfernt.
Die Rechte, die die israelische Politik deutlich dominiert, will einen israelischen Großstaat. Die Hamas will ein islamisches Palästina. Mit religiösen und nationalistischen Fanatikern kann es keinen Frieden geben. Beide Völker haben die Aufgabe, sich von der Vorherrschaft religiöser Dogmen und religiöser Führer zu befreien. Eine positive Entwicklung ist nur möglich, wenn beide Seiten sich gegenseitig das Existenzrecht und das Recht auf Heimat zugestehen, inklusive des Rechts auf Rückkehr. Warum sollte es dann nicht möglich sein, einen gemeinsamen Staat Palästina zu gestalten? Dieser Staat könnte nur weltlich sein. Er müsste die Freiheit der Religionsausübung und des Denkens garantieren und strikt von der Religion getrennt sein. Er muss demokratisch sein, d.h. allen Staatsbürgern die gleichen Rechte gewähren, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit.
Der Weg zu einem solchen Staat erscheint gegenwärtig nahezu ungangbar. Aber gibt es dazu eine vernünftige Alternative? Die gegenwärtige Entwicklung bedeutet die weitere gewaltsame Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch das israelische und als dessen Antwort gewaltsamen Widerstand. Das bedeutet auch das weitere Anheizen der überregionalen Konfliktsituation mit der Perspektive eines großen Krieges, der Palästinenser und jüdische Israelis noch schwerer treffen könnte. Die Politik Netanyahus, die unsere philosemitische Regierung so bedingungslos unterstützt, führt in den Abgrund.

Das kann unser Interesse nicht sein.

---

[55] www.jungewelt.de/artikel/478798.nahostkonflikt-israels-ruf-ist-f%C3%BCr-immer-ruiniert.html

[56] www.reuters.com/world/middle-east/norway-wealth-fund-may-divest-companies-that-aid-israel-gaza-war-occupied-2024-09-03/a-

Höre Israel – Eine Jeremiade

An deiner Seite
steht sein Enkel
dient sich dir an
als bester Freund

Selbst weiß gewaschen
und tief geläutert
spürt er in Kriegen und Gräueln
überall Genozid auf

Mir spitzen Fingern zeigt er
auf Taten
von alten Völkern und räubernden
Staaten
und macht dein
nur dir eigenes
unstillbares Leid
zu handlich billiger Münze

Wer liebte seine Großväter nicht
nicht seine Ahnen
und könnte
ihrem lastenden Vermächtnis
sich je entziehn?

Nie wieder Unterdrückung
Nie wieder Vertreibung
nie wieder Pogrom
nie wieder Mord
Unfassbar schwer ist die Aufgabe
die dir gestellt wurde
Aber denke dran:
wieder wird Jahwe den strafen
der um das Kalb tanzt
und sich dem Mammon verbindet

Mein Großvater, erklärt dir dein Freund,
war im Kerne hilfreich und gut
keiner Fliege tat er's zuleide
Der Hitler war's !
und sind nicht
seinesgleichen heut überall:
Milosevic, Putin, Jinping
und wie sie auch heißen
die ihre Völker einsperrn
und vom Weltmarkt scharf isolieren
Was anderes hilft uns denn da
als einzig das richtende Schwert?

Tobias Weißert, 21. Dezember 2022

Hör nicht darauf!
Bedenke. was ein geläuterter Militarist
wohl täte?
Er entsagte der Waffe
Was der geläuterte Imperialist?
er miede Vorherrschaft
Was der geläuterter Gefolgsmann
faschistischer Diktatur?
Er kämpfte für Demokratie als wahre
Macht des Volkes

Ist das das geläuterte Land,
dem dein Freund entstammt?
Sind das seine Bewohner,
die eignen Interessen entgegen
ihren Führern huldigen
und Ausschau halten
nach den Splittern im Auge der Fremden
ohne den eigenen Balken überhaupt
noch zu sehn?

Und was ist mit den Herren in Zwirn
der vornehmsten Klasse aus Bank und
Konzernen
die Krieg und Vernichtung erst reich
finanzierte?

Wo sind die Enkel der Flick, Krupp
Quandt
wo die Erben der Finanzaristokraten?
Enteignet, enterbt und verschwunden?

Sie sind da
frisch und lebendig
und mit ihnen der Enkel an deiner Seite.
Er rät dir zur Rüstung, er rät dir zu Gewalt
und verfolgt in seinem Land alle,
die die Politik deiner abgefallenen Führer
kritisieren und nennt die,
die sich um dich sorgen, Antisemiten.

Dein Prophet sagt:
Assur und Ägypten sind nichts
lass ab von falschen Freunden
Ihre Herrschaft ist auf Sand gebaut.
Denn wer das Schwert nimmt, wird darin
umkommen
aus Gewalt entsteht kein Friede

Das höre Israel!

Werbung:

Wer den jetzigen Gaza-Krieg verstehen will, muss sich mit den geschichtlichen Ursachen von Kolonisation, Landraub, Enteignung, Vertreibung und Besatzung in Palästina/Israel befassen. Die Schrift geht auch der Frage nach, was es mit der bundesdeutschen Verantwortung für Israel auf sich hat.



- als pdf herunterladen: https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/01/nakba2.0-A4.pdf
- englisch: https://klartext-info.de/wp-content/uploads/2024/04/nakba2.0-A4-240213_en.pdf
- als Print-Version (A5, 74 Seiten) bestellen über info@klartext-info.de
- Es ist kein Einzelversand und keine Rechnungslegung möglich.
- Mindestabnahme fünf Exemplare. Wir verschicken darüber hinaus nur Bestellungen von zehn Exemplaren, von 15 bis 20 Exemplaren sowie jede Bestellung, die deutlich über 20 Exemplare hinausgeht.
- Vertrieb nur auf Spendenbasis. Wir stellen keine Rechnungen aus und erwarten für den Bezug der Broschüre eine Spende. Zur Orientierung: Die Produktionskosten der Broschüre betragen rund 3 Euro pro Stück.

Inhaltsverzeichnis

Palästinenser - Volk von Flüchtlingen und Vertriebenen.....7
Die Nakba – allein Folge eines Krieges?.....10
Interview-Auszüge aus „Neben der Straße“ (I) 14
Ursache für Vertreibung: nicht Krieg - ethnische Säuberung!.....15
Interview-Auszüge aus „Neben der Straße“ (II).....19
Rückkehr verboten!.....22
„Rückkehr“ nur für Juden und Angehörige..24
Vertreiben um zu enteignen.....25
Landraub in großem Stil.....28
Entschädigungslose Enteignung.....29
Israel – das gelobte Land, das nur Juden gehört.....31
Entarabisierung – Programm des Zionismus 33
UNO: Zwei Staaten – die Lösung?.....35
Palästinenser: Teilungsplan abgelehnt - Warum?.....37
Biblische Verheißung als Ziel?.....39
Expansion durch Krieg.....40
Illegale Siedlungen: Schleichende Annexion und ethnische Säuberung.....41
Ethnische Säuberung auch im Gazastreifen.48
Israel: Zwei-Staaten-Regelung abgelehnt….52
Weiter:.....53
Frieden wie?.....55
Israelkritik = Antisemitismus?.....56
Zur deutschen Verantwortung für den Holocaust und seine Folgen.....59
Deutsche Verantwortung „für Existenz und Sicherheit Israels“?.....65
Schluss: Optionen.....69
Literatur.....73

Höre, Israel!

Als wir verfolgt wurden,
war ich einer von euch.
Wie kann ich das bleiben,
wenn ihr Verfolger werdet?

Eure Sehnsucht war,
wie die anderen Völker zu werden
die euch mordeten.
Nun seid ihr geworden wie sie.

Ihr habt überlebt
die zu euch grausam waren.
Lebt ihre Grausamkeit
in euch jetzt weiter?

Den Geschlagenen habt ihr befohlen:
„Zieht eure Schuhe aus“.
Wie den Sündenbock habt ihr sie
in die Wüste getrieben

in die große Moschee des Todes
deren Sandalen Sand sind
doch sie nahmen die Sünde nicht an
die ihr ihnen auflegen wolltet.

Der Eindruck der nackten Füße
im Wüstensand
überdauert die Spuren
eurer Bomben und Panzer.

Erich Fried